

sche Flüchtlinge davon betroffen. Die Begründung dafür lautet, dass nach dem Sturz Saddam Husseins keine asylrelevante Verfolgung mehr zu befürchten sei. So wird Irakerinnen und Irakern der Flüchtlingsschutz widerrufen, obwohl im Irak keine dauerhaft stabilen Verhältnisse herrschen, wie es die Genfer Flüchtlingskonvention vorsieht. Die Widerrufspraxis ist europaweit einzigartig. Sie stürzt weitgehend integrierte Menschen in die Ungewissheit und setzt sie auf die Warteliste für die Abschiebung.

Abschiebungen in den Irak?

Rund 14.000 Irakerinnen und Iraker in Deutschland sind ausreisepflichtig. Fehlende Flugverbindungen und noch nicht abgeschlossene Rückübernahmeverhandlungen sind ein Grund, warum Abschiebungen im großen Stil noch nicht vollzogen werden. Indes experimentieren die Innenminister der Bundesländer mit ersten Abschiebungen in den Nordirak. »Straftäter« und so genannte »Sicherheitsgefährder« stehen bislang auf der Liste für Abschiebungen. Die Kategorien freilich sind fragwürdig. Zu einem Straftäter kann beispielsweise schon werden, wer seinen Landkreis ohne Erlaubnis verlässt. Betroffen können auch Menschen sein, die entgegen der Bestimmungen des Wirtschaftsembargos Geld an ihre Familien geschickt haben. Über die problematischen Einzelfälle hinaus bemühen sich die Innenminister weiter darum, irakische Flüchtlinge zahlreich in die kriegsrisiko Katastrophe abzuschicken. Bei ihrer Konferenz im November 2006 bekräftigten sie ihr Ziel der »baldmöglichen Ausweitung der Rückführungen« in den Irak.

Fazit

Der Irak brennt, Millionen von Flüchtlingen sind im Land und in der Region unterwegs – und Deutschland und die meisten EU-Staaten versuchen mit politischen und juristischen Mitteln Schutz zu verweigern und zu entziehen. Diese europäische und insbesondere die deutsche Politik gegenüber irakischen Flüchtlingen ist völkerrechtswidrig und beschämend. Die Nachbarstaaten des Irak werden bei der Bewältigung des Problems weitgehend im Stich gelassen. Anstatt zur Rettung der Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet beizutragen, diskutieren die Verantwortlichen die Möglichkeiten der Abschiebung dorthin und behandeln die geflohenen Menschen wie lästige Bittsteller.

Das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR), die dort tätigen Hilfsorganisationen und das EU-Parlament haben sich hinter die irakischen Flüchtlinge gestellt und dringend Hilfe eingefordert.

Zusammen mit dem Europäischen Flüchtlingsrat fordert PRO ASYL die europäischen Staaten und insbesondere Deutschland auf, Irakflüchtlingen nicht länger ihre Rechte vorzuenthalten und ihnen gemeinsam und solidarisch zu helfen.

Veröffentlicht im Mai 2007

Förderverein PRO ASYL e.V.

Postfach 160624

60069 Frankfurt/Main

Telefon: 069 230688

Telefax: 069 230650

e-mail: proasyl@proasyl.de

www.proasyl.de

Spendenkonto 8047300

Bank für Sozialwirtschaft Köln

BLZ 370 205 00

IBAN: DE62 3702 0500 0008 0473 00

BIC: BFSWDE33XXX

Die irakische Flüchtlingskatastrophe



Bild: picture-alliance/dpa

PRO ASYL
Förderverein PRO ASYL e.V.
DER EINZELFALL ZÄHLT.

»Fast vier Millionen Iraker blicken heute auf uns. Ihre Not ist so offensichtlich wie der moralische Imperativ zu helfen. Wir alle – Vertreter von Regierungen, internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft – sind nun gezwungen zu handeln.«

UN-Flüchtlingskommissar António Guterres am 17. April 2007

Täglich verlieren im Irak über 100 Zivilisten ihr Leben. Inzwischen, so schätzen die Vereinten Nationen, ist jeder achte Iraker auf der Flucht. Während sich die Lage der irakischen Flüchtlinge in der Region zuspitzt, entziehen sich nahezu alle europäischen Länder der Verantwortung für den Schutz der geflohenen Menschen. Auch Deutschland leistet keine aktive Hilfe. Im Gegenteil: Hierzulande setzt man alles daran, irakische Flüchtlinge an der Einreise zu hindern, gewährte Rechte wieder zu entziehen und Abschiebungen in den Irak vorzubereiten.

Die Menschenrechtslage im Irak

2003 begann die von den USA geführte Staatenkoalition mit dem Krieg gegen den Irak. Heute zerbricht das Land in einem Bürgerkrieg. Das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) konstatiert eine Hinwendung großer Teile der Bevölkerung zu streng-islamischen Werten, die Lage der Frauen habe sich dadurch kontinuierlich verschlechtert.

Die Versorgungslage ist prekär: Durch hohe Arbeitslosigkeit und mangelhafte Infrastruktur sind zwei Drittel der Irakerinnen und Iraker auf Lebensmittelrationen angewiesen. 23 Prozent der Kinder sind chronisch unterernährt. Rund 70 Prozent der irakischen Bevölkerung fehlt der Zugang zu einer angemessenen Trinkwasserversorgung.

Zum Mangel kommt eine Gefährdung, die sich oft an der Gruppenzugehörigkeit nach ethnischen und religiösen Kriterien festmachen lässt: Minderheiten wie Christen und Mandäer werden verfolgt. Sunnitische Militante ermorden Frauen, die Hosen tragen, und Männer mit Shorts. Rivalisierende Schiitenmilizen streiten erbittert um die Kontrolle über Ölfelder. Von einem friedlichen, befreiten Staat scheint der Irak heute weiter weg denn je.

Letzter Ausweg Flucht

Seit Beginn des Krieges vor vier Jahren, so schätzt das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR), flohen über zwei Millionen Menschen aus dem Irak ins Ausland. Weitere 1,9 Millionen wurden Vertriebene im eigenen Land. Flüchtlinge und Vertriebene gibt es in nahezu allen gesellschaftlichen Gruppen. Besonders schnell verschwindet die christliche Minderheit aus dem Land. Vorläufiger Endpunkt der Flucht ins Ausland sind nicht die wohlhabenden europäischen Staaten, sondern zumeist die Staaten in der Nachbarschaft des Irak.

Irakflüchtlinge in Europa

Nur sehr wenige der Millionen Irakflüchtlinge haben den Willen und die Mittel, sich nach Europa durchzuschlagen: Rund 20.000 beantragten 2006 in den EU-Staaten Asyl. Nur knapp jeder zehnte Flüchtling aus dem Irak erhält einen Schutzstatus in der EU.

Die Zahlen der irakischen Flüchtlinge in den einzelnen EU-Staaten sind minimal: 2.800 waren es im Jahr 2006 in den Niederlanden, 2.100 Deutschland, 1.400 in Griechenland, 1.300 in Großbritannien. Mit 9.000 Flüchtlingen fanden fast die Hälfte der in Europa Schutz suchenden Iraker Aufnahme in Schweden, das nur rund 9 Millionen Einwohner hat.

Das EU-Parlament forderte die konkrete Unterstützung beim Schutz der Flüchtlinge innerhalb und außerhalb des Irak. Unter anderem verlangt das Parlament die Gewährung eines Flüchtlingsstatus und einen Beitrag zur Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Irak.

Die regierenden EU-Innenminister wollen von den Forderungen des Parlaments nichts wissen. Sie beschlossen lediglich ein finanzielles Hilfspaket von 18 Millionen Euro zur Unterstützung der Staaten, die Irakflüchtlinge aufnehmen.

Kein Schutz in Deutschland

Auch Deutschland hat bislang keine irakischen Flüchtlinge freiwillig aufgenommen. Gerade einmal 2.117 irakischen Flüchtlingen ist 2006 die Einreise und die Asylantragstellung gelungen. Deutschland spielt eine besonders unrühmliche Rolle beim Umgang mit Schutzsuchenden aus dem Irak. Nur 189 Menschen erhielten im gleichen Jahr die Flüchtlingsanerkennung oder einen menschenrechtlich begründeten Abschiebungsschutz.

Darüber hinaus werden diejenigen, die schon seit Jahren als anerkannte Flüchtlinge mit einem Aufenthaltsrecht in Deutschland leben, systematisch entrechtet: 2006 leitete das deutsche Asylbundesamt (BAMF) 4.400 Widerrufsverfahren ein mit dem Ziel, Irakerinnen und Irakern ihren Flüchtlingsstatus zu entziehen, insgesamt sind inzwischen über 18.000 iraki-

Zufluchtstaaten für irakische Flüchtlinge

Staat	Flüchtlingszahl
Syrien*	1.200.000
Jordanien*	750.000
Ägypten*	80.000
Libanon*	40.000
gesamte EU**	60.000
Deutschland**	9.200

*aktuelle Flüchtlingszahl

**Asylzugangszahl 2003-2006

Quellen: UNHCR, BAMF